

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrenvorsitzende:
Gerhard Finn (†), Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schönemann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

Presseerklärung

13. Januar 2014

Gedenktag und zentrales Mahnmal für alle Opfer des Kommunismus sind überfällig UOKG sieht die LINKEN im Zugzwang

Die UOKG begrüßt den Vorstoß des Thüringer Landtagspräsidenten Christian Carius (CDU), einen bundesweiten Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts einzuführen. Der Opferdachverband schlägt als Datum den 17. Juni, den Tag des Volksaufstands 1953, vor. Der Gedenktag gäbe Anlass, an die Opfer der kommunistischen Diktatur zu erinnern, aber auch Mut für demokratischen Widerstand gegen totalitäre Tendenzen zu schöpfen.

In Verbindung mit einem zentralen Mahnmal, das die Opferverbände seit Jahren fordern, würden die Opfer endlich eine öffentliche Anerkennung erhalten.

Rainer Wagner, der Bundesvorsitzende der UOKG und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, kommentierte: „Bisher haben wir weder einen bundesweiten Gedenktag noch ein zentrales Mahnmal, wie in anderen europäischen Ländern. Wir brauchen eine aufrichtige Würdigung der Menschen, die sich aktiv für Demokratie und Freiheitsrechte gegen die kommunistische Diktatur eingesetzt haben.“

Die neue, von der LINKEN dominierte Landesregierung Thüringens erklärte, sich noch stärker als ihre Vorgänger für die Aufarbeitung des SED-Unrechts einzusetzen.

Dazu Wagner: „Uns Opfern erscheint diese Zusage als unglaubwürdig. Erst wenn Bodo Ramelow sich kämpferisch sowohl für ein Mahnmal als auch für einen Gedenktag einsetzen würde, gewänne er an Glaubwürdigkeit. Ob die alten SED-Kader in seiner Umgebung eine tiefgreifende Aufklärung und Anerkennung der Opfer mittragen, stellen wir stark infrage.“

Die Opferverbände und ehemaligen DDR-Bürgerrechtler forderten in einem Aufruf die Errichtung eines zentralen Mahnmals für alle Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Dieser Aufruf wurde am 4. November dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert übergeben und namhaften Persönlichkeiten unterschrieben, u.a. von Marianne Birthler, Angelika Barbe, Heidi Bohley, Rainer Eppelmann Freya Klier, Siegfried Reiprich und Karl-Wilhelm Fricke.